

NACHRICHTEN

NEUE SCHADSTOFFPLAKETTE

Dobrindt mag kein Blau

BERLIN | Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) lehnt die geplante Einführung einer blauen Plakette für Autos mit geringem Schadstoffausstoß ab. „Das Ergebnis wäre ein faktisches Einfahrtsverbot für Dieselfahrzeuge“, sagte Dobrindt der *Bild am Sonntag*. Hintergrund ist ein Beschluss der Umweltminister von Bund und Ländern. Danach können Städte für Bereiche mit besonders schlechter Luft anordnen, dass nur noch Autos mit blauer Plakette einfahren dürfen. Die Verordnung soll in diesem Jahr wirksam werden. (afp)



Zu viel Dreck Foto: dpa

ATOMKRAFTWERKE

Mehr Rückstellungen für den Abriss

BERLIN | Die Energiekonzerne haben ihre Rückstellungen für den Atomausstieg im vergangenen Jahr erhöht: Zum Jahresende hatten EnBW, Eon, RWE und Vattenfall für den Abriss der Kraftwerke und die Endlagerung des Atommülls knapp 40,1 Milliarden Euro zurückgelegt, wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums hervorgeht. Ende 2014 hatten die Rückstellungen noch 38,7 Milliarden Euro betragen. Umstritten ist, ob diese Summe ausreicht, um Rückbau und Endlagerung zu stemmen. (afp)

LANDWIRTSCHAFT

Deutschland will Kooperation mit Iran

TEHERAN | Deutschland setzt nach dem Ende der Sanktionen gegen den Iran auf eine weitreichende Agrar-Zusammenarbeit. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) traf am Samstag zu einem zweitägigen Besuch in Teheran ein. An diesem Sonntag unterzeichnete er mit seinem Amtskollegen Mahmud Hodschatti eine Absichtserklärung zur Kooperation von Veterinärbehörden. Weitere gemeinsame Themen sollen Landtechnik, Saatgut, der Handel mit Rohstoffen und die Agrarforschung sein. (dpa)

IPHONE-VERSCHLÜSSELUNG

Und Apple soll doch helfen

BOSTON | Im Streit zwischen den US-Behörden und Apple hat der Technologiekonzern einen Rückschlag erlitten. Ein US-Richter in Boston wies Apple an, ein Smartphone eines mutmaßlichen Bandenmitglieds in einem Straffall zu entsperren. Der US-Konzern müsse die Behörden bei der Auslesung des Smartphones unterstützen und Zugang zu den Inhalten gewähren. Ein zuvor bei einem anderen iPhone angewandter Hack funktionierte laut dem FBI in diesem Fall nicht, da es sich um ein neueres Telefon handle. (rtr)

ZAHL DES TAGES

Der Preis von Vanilleeis

Ein Kilo Vanille – na, was schätzen Sie, kostet das so? 50 Dollar? Etwas mehr? Nein, es sind derzeit **200 Dollar**, gut 170 Euro. Seit 2014 hat sich der Preis verdreifacht, schuld sind Ernteauffälle und künstliche Verknappung. Und jetzt die gute Nachricht: Vanilleeis soll dennoch nicht teurer werden wegen langfristiger Lieferverträge und so. Im Ernst? Oder liegt es nicht doch eher an den synthetischen Aromen?

200

Unter dem Deckmantel des guten Namens

PANAMA PAPERS Dubiose Anwaltskanzlei hat Hilfsorganisationen zur Tarnung eingesetzt

BERLIN taz | Es steckt eine Menge Leben in den Briefkastenfirmen. Wie ein Medienkonglomerat von NDR, WDR, *Süddeutsche* und der Schweizer *Sonntagszeitung* herausgefunden hat, hat die in Panama-Stadt gemeldete Anwaltskanzlei Mossack Fonseca – offiziell „ein global tätiges Rechtsdienstleistungsunternehmen“ – auch den Namen mehrerer Hilfsorganisationen missbraucht, um Geschäfte abzuwickeln.

So tauchen das Internationale Rote Kreuz, der WWF und Unicef als „Begünstigte“ zweier von Mossack Fonseca gegründeter und in Panama-Stadt gemeldeter Scheinstiftungen in den kürzlich geleakten Panama Papers auf. Die Scheinstiftungen mit den Namen Brotherhood und Faith (Brüderschaft und Glaube) dienten zur Deckung unter anderem von Immobiliengeschäften, in die beispielsweise der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate verstrickt war.

In Panama ist es rechtens, die Namen von Organisationen auch ohne deren Wissen als Begünstigte einer Stiftung einzusetzen. Illegal sind solche Manöver demzufolge also nicht. Einige Organisationen behalten sich trotzdem rechtliche Schritte vor.

„Der WWF kann versichern, keinerlei Kenntnisse über den Gebrauch ihres Namens im Zusammenhang sogenannter Privatstiftungen in Panama gehabt zu haben“, sagt Maria Boulos, die Leiterin des WWF. Auch das DRK wird laut ihrem Pressesprecher weitere Maßnahmen prüfen. Die Hilfsorganisationen sehen

ihre guten Namen missbraucht und fürchten Rufschädigung.

Die Büros der Kanzlei Mossack Fonseca, über die auch eine von der Bundesdruckerei benutzte Briefkastenfirma gegründet worden war, wurden bereits am Freitag von der Polizei in El Salvador durchsucht. Frankreich hat am Wochenende angekündigt, den Staat Panama ab 2017 wieder zur „Steueroase“ zurückzustufen, wogegen die Regierung in Panama bereits offiziell protestiert hat.

Die Hilfsorganisationen sehen ihre guten Namen missbraucht und fürchten Rufschädigung

Auch die G 20, die führenden Industrie- und Schwellenländer, geraten aufgrund der Enthüllungen allmählich in Bewegung. So würden „weitere Schritte gegen Steueroasen“ erwogen. Die Finanzminister der zwanzig Staaten wollen im Zuge der IWF-Frühjahrstagung in Washington über Wege zu mehr Transparenz beraten.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble möchte laut *Spiegel* prüfen, ob Steuersparmodelle in Deutschland künftig angemeldet und genehmigt werden müssen. Zudem erwäge er, Unternehmen Steuervergünstigungen zu streichen. Den Kontakt zu einem Informanten habe er hingegen über Jahre hinweg abgewiesen. RENÉ HAMANN

Metaller gegen Umweltschutz

INDUSTRIE Beschäftigte der Stahlbranche wollen gegen Klimaschutzpläne der EU demonstrieren. Umweltschützer: Die Branche habe lange genug profitiert



Böser Stahl aus China – so sieht es zumindest die hiesige Industrie Foto: Kim Kyung-Hoon/reuters

VON RICHARD ROTHER

BERLIN taz | Wenn die Beschäftigten der deutschen Stahlindustrie am heutigen Montag zu ihren Demonstrationen reisen, sind sie auch auf Produkte angewiesen, die mit Stahl erzeugt wurden: Busse, Züge, Schienen, Brücken – all das ist ohne Stahl nicht denkbar. Dennoch fürchten die Beschäftigten um die Zukunft der europäischen Stahlindustrie, die sie durch Importe von Dumpingstahl aus China und neue EU-Klimaschutzauflagen bedroht sehen.

In Deutschland gibt es direkt in der Stahlbranche etwa 80.000 Jobs. Im vergangenen Jahr seien 7 Millionen Tonnen Walzstahl aus China nach Europa importiert worden, argumentiert die IG Metall, die zu den Protestaktionen aufgerufen hat. Die Produktion dort finde unter schlechteren Arbeits- und

Umweltbedingungen statt als in Europa. Für den EU-Importstahl aus China seien im vergangenen Jahr bei der Produktion dort 13,9 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO₂) in die Luft geblasen worden. Bei der Produktion der selben Menge in der europäischen Stahlindustrie wären es 9,7 Millionen Tonnen CO₂ gewesen.

Eine Ursache für die Stahlkrise: China hat, auch im Vertrauen auf starkes Wachstum, mit staatlicher Unterstützung große Stahlerzeugungskapazitäten aufgebaut. Nun schwächt Chinas Wirtschaft, und die Überproduktion drückt weltweit die Preise. Im Jahr 2015 sank der Preis für eine Tonne Warmbandstahl von 418 auf 319 Euro. Stephan Ahr, Betriebsratschef bei Saarstahl in Völklingen, spricht von einem Existenzkampf der Branche: „China will Europas

Stahlhersteller mit Preisdumping in die Knie zwingen und eine globale Monopolstellung einnehmen.“ Eine Entwicklung wie in der Solarindustrie müsse für die Stahlbranche abgewehrt werden.

Oskar Lafontaine, Chef der Linken-Fraktion im saarländischen Landtag, unterstützt die Forderung der Stahlkoche. „Wir brauchen Schutzzölle, die die europäische Stahlindustrie sichern.“ Langfristig gelte es, international gleiche Umweltstandards in der Produktion durchzusetzen.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl kritisiert die EU-Pläne zur Weiterentwicklung des CO₂-Emissionsrechtshandels. „Der Stahlindustrie drohen durch den Kommissionsvorschlag in der vierten Handelsperiode ab 2021 Belastungen in Höhe von durchschnittlich einer Milliarde Euro pro Jahr“, sagt der Präsident

des Branchenverbands, Hans Jürgen Kerkhoff. Da die Unternehmen diese Kosten aufgrund des scharfen internationalen Wettbewerbs nicht weitergeben könnten, würde es in wenigen Jahren zu einer rasch voranschreitenden Deindustrialisierung in wichtigen Teilen der Wertschöpfungskette kommen.

Die Umweltorganisation BUND bezeichnet die geplanten Proteste gegen die Reform des Emissionshandels dagegen als „unlauter“. „Wie kaum ein anderer Industriezweig hat die Stahlbranche vom Emissionshandel profitiert, weil dieser energieintensive Unternehmen stark begünstigt“, kritisiert der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Nach Recherchen der Klimaschutzorganisation Sandbag besitzt allein ThyssenKrupp 33 Millionen überschüssige CO₂-Zertifikate.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Lausitz bald tschechisch

BRAUNKOHL Das tschechische Energieunternehmen EPH steht vor dem Kauf des Tagebaus, das bislang Vattenfall gehörte. Aktivisten planen bereits Proteste

PRAG taz | Für Daniel Křetínský, Chef der tschechischen Energietický a průmyslový holding (EPH), endete die vergangene Woche positiv. Nachdem der 42-jährige Multimilliardär seit vorigem Montag permanent beteuern musste, dass seine Firma in Panama ausschließlich dem Betrieb eines Katamarans gilt, gab es für ihn doch noch einen Lichtblick: Wie die Agentur Reuters meldete, hat sich Křetínskýs EPH im Preiskampf um das ostdeutsche Braunkohlegeschäft durchgesetzt.

Im defizitären Braunkohletagebau in der Lausitz, den die staatliche schwedische Firma



Lässt Dampf ab: EPH Foto: R. Weisflog

Vattenfall abstoßen will, arbeiten um die 8.000 Menschen. Noch ist der Verkauf nicht offiziell bestätigt. Aber Klimaaktivisten von „Ende Gelände“ haben bereits für das Pfingstwochenende zu einer „Aktion zivilen Ungehorsams“ aufgerufen. „Jeder neuer Investor kauft den Widerstand der Klimabewegung mit ein“, sagt Hannah Eichberger von „Ende Gelände“.

Schlaflose Nächte wird diese Ankündigung Daniel Křetínský und seinem slowakischen Partner Patrik Tkáč kaum bereiten. Beide kennen das deutsche Braunkohlegeschäft aus dem Effeff. Schon 2009 übernahm

EPH zusammen mit den halbstaatlichen Tschechischen Energiewerken (ČEZ) die ostdeutsche Mibrag. Zwei Jahre später kaufte EPH den 50-prozentigen Anteil der ČEZ auf. Laut Berichten allerdings unter Wert. Zahlte die ČEZ 2011 noch 206 Millionen Euro für die Mibrag-Aktien, veräußerte sie sie zwei Jahre später für 130 Millionen.

Hartnäckig halten sich die Gerüchte, bei diesem Deal sei einiges an Bakschisch geflossen. Mibrag-Geschäftsführer Joachim Geisler soll Bestechungsgelder in Millionenhöhe angenommen haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Es würde zum Stil der tschechischen Manager passen, wie man „am Beispiel Mibrag gut erkennen kann. Zum einen sind da enorme Gewinnabflüsse. Seit dem Verkauf im Jahr 2009 hat Mibrag insgesamt 448 Millionen Euro Gewinn an seine tschechischen Gesellschafter abgeführt und damit den eigenen Verkaufspreis von etwa 400 Millionen Euro bezahlt“, so der Wirtschaftsjournalist Stefan Schröter, der sich mit den Mächtigsten um die Mibrag beschäftigt hat. Die EPH mag in den letzten Jahren ihre Energiepartie vor allem in Deutschland erweitert haben. Im Grunde

aber handelt es sich um eine Investment Holding, die sich hinter mehreren Briefkastenfirmen in Nikosia versteckt. Zum Portfolio der EPH gehören der tschechische Fußballklub Sparta Prag oder das Czech News Center, Herausgeber großer Tages- und Wochenzeitungen.

„EPH muss klar sein, dass in der Lausitz allein ein Auftrag zur Abwicklung einer überholten Energieerzeugung verkauft werden soll. Weitere Tagebaue wird es in Deutschland nicht mehr geben“, kommentierte Karsten Schmidt, Energieexperte bei Greenpeace.

ALEXANDRA MOSTYN